

Der VS erhielt den „Big Brother Award“ 2016

Negativ-Preis für den „Verfassungsschutz“

Unter Federführung des Vereins Digitalcourage e.V. haben Bürgerrechtler und Datenschützer am 22. April in Bielefeld die diesjährigen „Big Brother Awards“ verliehen. Der Name des Preises ist George Orwells Roman „1984“ entnommen, in der der Autor Ende der 40er Jahre seine Vision einer totalen Überwachungsgesellschaft entwarf. Die Vergabe des besagten Negativpreises fand bereits zum 16. Mal statt. Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner hielt eine vielbeachtete Laudatio, aus der hier Auszüge veröffentlicht werden.

Der Big Brother Award 2016 in der Kategorie Lifetime, also für das Lebenswerk, geht an den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ (VS) genauer: an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), vertreten durch dessen Präsidenten Dr. Hans-Georg Maaßen, sowie an „Verfassungsschutzbehörden“ einzelner Bundesländer und deren Amtsleiter.

Frage: Wie oft ist der „Verfassungsschutz“ mit dem Negativpreis Big Brother Award in den 16 Jahren seines Bestehens wohl ausgezeichnet worden? Gefühle zwei- bis dreimal? Falsch! Dieser Geheimdienst ist bisher erstaunlicherweise völlig ungeschoren davongekommen. Wir konnten es selbst kaum glauben, hat er doch schon mehr als genug verbrochen, vergurkt und vertuscht. Deshalb ist endlich ein Lifetime-Award fällig für eine 65jährige Geschichte, die vielfach von Skandalen und Machtmißbrauch, Datenschutz- und Bürgerrechtsverletzungen handelt – selbstverständlich immer im Namen von Sicherheit und Freiheit, Verfassung und Demokratie.

Seine möglichen positiven Leistungen und Erfolge müssen heute – schon aus Geheimhaltungsgründen und mangels Nachweisbarkeit – leider außen vor bleiben. Heute geht es jedoch um die alles überragenden auszeichnungswürdigen Negativ-Verdienste unserer Preisträger, die sich vorab kurz so skizzieren lassen:

Der „Verfassungsschutz“ ist ein im kalten Krieg geprägter, antikommunistischer, skandalgeneigter und intransparenter Inlandsgeheimdienst, der seine eigenen altnazistischen Anfänge, die ihn so nachhaltig prägten, allzulange verdrängt hat, der – vielleicht auch gerade deshalb? – im Kampf gegen Neonazismus und Rassismus weitgehend versagt, der sich mit seinem unkontrollierbaren V-Leute-System heillos in kriminelle Machenschaften und Neonazi-Szenen verstrickt, der es seit Jahren sträflich unterläßt, Bevölkerung, Firmen und Bundesregierung vor Spionage-Attacken etwa des US-Geheimdienstes NSA zu schützen, obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet ist, der ein skrupelloses Vertuschungssystem betreibt, wichtige Beweismittel und brisante Akten geschreddert hat und so jede

parlamentarische Kontrolle torpediert, der insgesamt eine ellenlange Skandalgeschichte aufzuweisen hat und immer wieder Bürger-, Persönlichkeits- und Datenschutzrechte verletzt, und der damit letztlich Verfassung, Demokratie und Rechtsstaat gefährdet und schädigt, anstatt sie auftragsgemäß zu schützen.

Schon angesichts dieser Übersicht drängt sich die Frage auf, welche Werbefirma wohl auf die glorreiche Idee kam, diese Institution ausgerechnet „Verfassungsschutz“ zu nennen. Was verbirgt sich in Wirklichkeit hinter diesem wohlklingenden Namen? Hinter dem irreführenden Tarnnamen „Verfassungsschutz“ steckt ein ideologisch geprägter Regierungsgeheimdienst mit geheimen Mitteln und Methoden wie V-Leuten, Verdeckten Ermittlern, Lockspitzeln, Lausch- und Spähangriffen und der Lizenz zur Infiltration, Täuschung



und Desinformation – Mittel und Methoden, die gemeinhin als „anrüchig“ gelten und die sich rechtsstaatlicher Kontrolle weitgehend entziehen.

Zur Lebensgeschichte des „Verfassungsschutzes“

Wir kommen nicht umhin, bei einem Lifetime-Award auch die Lebensgeschichte des Preisträgers wenigstens kurz Revue passieren zu lassen: Gegründet 1950, aufgebaut und geprägt von etlichen Altnazis, maßgeblich beteiligt an exzessiver Kommunistenverfolgung in den 50er/60er Jahren, an einschüchternder Berufsverbote-Politik in den 70er/80er Jahren, indirekt auch an Waffenbeschaffungen für militante Gruppen. Weiterhin bietet seine Vita: geheime Ausforschungen politisch-sozialer Bewegungen, staats- und gesellschaftskritischer Gruppen und Personen, systematische Sammlung persönlicher Daten über politisch „verdächtige“ Gewerkschafter und Atomkraftgegner, über Abgeordnete und Journalisten, Anwälte und Bürgerrechtler – ohne große Rücksicht auf Meinungs-, Berufs- und Pressefreiheit. Erinnert sei auch an skandalöse Sicherheitsüberprüfungen, illegale Telefonabhöraktionen, die Manipulationen und Vertuschungen im Mordfall Schmücker bis hin zu jenem fingierten Bombenattentat, das als „Celler Loch“ in die Geschichte einging. Wir blicken auf eine

Chronik ohne Ende, die 2003 mit der V-Mann-Affäre im Verbotsverfahren gegen die NPD nur einen vorläufigen Höhepunkt fand. Diese Affäre führte zum Scheitern des NPD-Verbots, weil zu viele V-Leute an führenden Stellen die Parteipolitik mitbestimmen und rassistisch geprägt hatten.

Heillos verstrickt in Neonazi-Szenen

Aber es kommt noch weit schlimmer: Seit Beginn der 90er Jahre spannte der „Verfassungsschutz“ in Neonazi-Szenen ein regelrechtes Netzwerk aus bezahlten V-Leuten. Der „Verfassungsschutz“ war in den 90er Jahren aktiv an Aufbau und Betrieb des rechtsextremen Thule-Netzes beteiligt. Thule diente der Vernetzung, Kommunikation und Koordination von Neonazis im ganzen Bundesgebiet. Einer der Hauptbetreiber war V-Mann des bayerischen „Verfassungsschutzes“, der eigens in die Neonazi-Szene eingeschleust wurde, monatlich 800 DM erhalten haben soll sowie Auslagen für Technik und Betrieb. Insgesamt sollen für diese Nazi-Aufbau- und Vernetzungsarbeit mehr als 150 000 DM an Steuergeldern geflossen sein.

In den letzten Jahren mußten wir erkennen, wie sich der „Verfassungsschutz“, insbesondere in Thüringen, mit seinem V-Leute-System heillos in mörderische Neonazi-Szenen verstrickt. Trotz – oder muß man sagen: wegen? – seiner zahlreichen V-Leute im Umfeld des NSU konnte dessen rassistische Mordserie über Jahre hinweg weder verhindert noch aufgedeckt werden.

Erschreckend ist, daß der „Verfassungsschutz“ seine kriminellen V-Leute oder in Verdacht geratenen V-Mann-Führer oft genug deckt und systematisch gegen polizeiliche Ermittlungen abschirmt, um sie vor Enttarnung zu schützen („Quellenschutz“) und weiter abschöpfen zu können – anstatt sie sofort abzuschalten. Das ist Strafvereitelung im Amt oder psychische Unterstützung und Beihilfe zu Straftaten – doch die VS-Verantwortlichen sind dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden, selbst wenn Unbeteiligte schwer geschädigt wurden.

Die parlamentarischen Kontrollausschüsse hatten bei ihren Aufklärungsversuchen mit massiven Informationsblockaden und Urkundenunterdrückungen zu kämpfen – erinnert sei nur an die Aktenschredderaktion im VS-Bundesamt kurz nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie oder im Berliner „Verfassungsschutz“. Die Kontrolleure blickten in unglaubliche Abgründe einer organisierten Verantwortungslosigkeit; entsprechend vernichtend fällt parteiübergreifend ihr Urteil aus.

Zusammenfassend kann man sagen: Der „Verfassungsschutz“ hat über seine bezahlten und auch kriminellen Spitzel Neonazi-Szenen mitfinanziert, rassistisch geprägt,

nicht selten gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Auf diese Weise ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden. Auf der Anklagebank des Oberlandesgerichts München müßten jedenfalls weit mehr Angeklagte sitzen als Zschäpe, Wohlleben & Co.: Es fehlen so manche involvierte V-Leute, deren V-Mann-Führer und alle für Versagen und Vertuschen Verantwortlichen aus Sicherheitsbehörden und -politik.

„Befangenheit“ des Laudators und das VS-Geheimhaltungs- und Vertuschungssystem

Spätestens an dieser Stelle sollte ich bekennen, daß ich als Laudator möglicherweise „befangen“ bin, was den Preisträger anbelangt. Warum? Weil er mich unter anderem just wegen meiner Kritik am „Verfassungsschutz“ vier Jahrzehnte lang ununterbrochen geheimdienstlich überwacht und ausgeforscht hat – wie einen Staats- und Verfassungsfeind, in allen meinen beruflichen Funktionen als Anwalt, Publizist und Bürgerrechtsaktivist, ohne Rücksicht auf Mandatsgeheimnis und Informantenschutz. Einer seiner abstrusen Vorwürfe lautet: Ich würde mit meiner öffentlichen Kritik an Sicherheitsbehörden und -politik die bundesdeutschen Sicherheitsorgane diffamieren und wolle den Staat wehrlos machen gegen seine Feinde. Gegen diese inquisitorische Gesinnungsschnüffelei habe ich geklagt wegen massiver Verletzung meiner Grundrechte auf Meinungs-, Presse- und Berufsfreiheit sowie auf informationelle Selbstbestimmung. Nach einem fünfjährigen Prozeß erklärte das Verwaltungsgericht Köln Anfang 2011 die rekordverdächtige Dauerüberwachung tatsächlich von Anfang an für grundrechtswidrig. Nach weiteren fast fünf Jahren hat Ende 2015 das Oberverwaltungsgericht NRW die Berufung der Bundesregierung gegen dieses Urteil zugelassen. Das heißt: Wir gehen nach fast 40 Jahren Überwachung und 10 Jahren Verfahrensdauer in die nächste Runde – Ausgang und Ende ungewiß.

Die heutige Laudatio dürfte das Zeug haben, mein Sündenregister beim Bundesamt für Verfassungsschutz wieder gehörig anzureichern. Dabei gibt es schon eine weit über 2000 Seiten umfassende Personenakte, die das Bundesamt in all den Jahrzehnten über mich angelegt hatte. Und die mußte im Prozeß vorgelegt werden – doch siehe da, die Akte ist dank einer umfangreichen Sperrklärung des Bundesinnenministeriums aus Geheimhaltungsgründen zu 80 Prozent unlesbar: Entnommene und aufwendig von Hand geschwärzte Seiten dominieren die Akte – eine ziemlich eigenwillige Auffassung von Datenschutz. Und genau deshalb fühle ich mich als Laudator in Sachen „Verfassungsschutz“ doch nicht „befangen“, sondern eher auf fast schon intime Weise vertraut, weil ich gerade aus eigener Betroffenheit, Anschauung und aufgrund einschlägiger Recherchen weiß, wie dieser Geheimdienst tickt und arbeitet. So jedenfalls sieht Rechtsstaat aus, wenn es um Geheimdienste geht: Das Geheimhaltungssystem des „Verfassungsschutzes“ zum Schutz seiner Informanten, V-Leute und

Praktiken geht über alles – womöglich gar über die Verhütung und Aufklärung von Verbrechen, wie der Fall Andreas Temme alias „Klein Adolf“ zeigt: Der V-Mann-Führer des hessischen „Verfassungsschutzes“ war während eines NSU-Mordes in Kassel am Tatort, anschließend wurde der Verdächtige gegen Ermittlungen der Polizei rigoros abgeschirmt. Dieses Verdunkelungssystem frißt sich weit hinein in Justiz und Parlamente, die Geheimdienste kontrollieren sollen – und zumeist daran scheitern. Die reguläre parlamentarische Kontrolle erfolgt ihrerseits geheim – und damit wenig demokratisch. Und Gerichtsprozesse, in denen etwa V-Leute eine Rolle spielen, werden zu Geheimverfahren, in denen Akten manipuliert, Zeugen gesperrt werden oder nur mit beschränkten Aussagegenehmigungen auftreten dürfen.

Man muß es so klar und deutlich sagen: Gerade in seiner Ausprägung als Geheimdienst ist der „Verfassungsschutz“ Fremdkörper in der Demokratie. Warum? Weil er selbst demokratischen Grundprinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widerspricht und deshalb auch in einer Demokratie zu Verselbständigung und Machtmißbrauch neigt – letztlich zum Staat im Staate. Streng genommen also ein Fall für den „Verfassungsschutz“, der sich wegen Demokratiedefizits selbst beobachten müßte.

Gestärkt aus dem Desaster – statt ernsthafter Konsequenzen

Statt nun ernsthafte gesetzgeberische und strukturelle Konsequenzen aus dieser skandalreichen Karriere und den vielfältigen Desastern zu ziehen, wird unser Negativpreisträger über Haushaltszuwendungen und Gesetzesnovellen auch noch weiter personell, finanziell und technologisch aufgerüstet, immer stärker zentralisiert und mit der Polizei vernetzt. Er darf sich inzwischen auch ganz legal krimineller V-Leute bedienen; und er soll künftig „soziale“ Netzwerke wie Facebook, Twitter & Co. anlaßlos ausforschen dürfen.

Das ist technisch möglich, weil der „Verfassungsschutz“ bereits 2013 vom US-Geheimdienst NSA eine Testversion der berüchtigten Spionagesoftware XKeyscore bekam, mit der die Überwachung und Auswertung des Telefon-, E-Mail- und Internetverkehrs in großem Stil möglich wird. Als Gegenleistung versprach er dem Großen Bruder NSA mit XKeyscore ausgewertete Meta- und Überwachungsdaten aus Deutschland – Daten, die zu Bewegungs-, Kontakt- und Verhaltensprofilen der betroffenen Nutzer verdichtet werden können. Dieser Handel Daten gegen Software wurde jenseits jeglicher parlamentarischer Kontrolle eingefädelt und abgewickelt.

Die geheimen Pläne zur systematischen Überwachung „sozialer“ Netzwerke, die nach und nach umgesetzt werden, enthüllte 2015 das Internet-Magazin „Netropolitik.org“. Daraufhin überzog der Generalbundesanwalt die verantwortlichen Journalisten mit strafrechtlichen Ermittlungen wegen angeblichen „Landesverrats“ – veranlaßt durch eine Strafanzeige des BfV-Präsidenten Hans-Georg Maaßen, den es wurmte, daß seine prekären Aufrüstungsmaßnahmen nun der demokratischen

Öffentlichkeit bekannt wurden. Nach heftigen öffentlichen Protesten gegen diesen Angriff auf die Pressefreiheit mußten die Ermittlungsverfahren wieder eingestellt werden, und Generalbundesanwalt Harald Range mußte seinen Hut nehmen. Die Anstiftung durch Herrn Maaßen blieb folgenlos.

Sozialverträgliche Auflösung im Interesse von Demokratie und Bürgerrechten

Die skizzierte Aufrüstungsreform des „Verfassungsschutzes“ wird dem fundamentalen Problem von Geheimdiensten in einer Demokratie keineswegs gerecht. Denn mit den erweiterten technologischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters werden diese demokratiewidrigen Geheimsysteme befähigt, Gesellschaft und Demokratie auf immer aggressivere Weise zu durchdringen und zu unterminieren. Da keine Reform des „Verfassungsschutzes“ das Problem von Geheimdiensten in einer Demokratie lösen kann, solange sie die Geheimsubstanz und das unkontrollierbare V-Leute-Unwesen unangetastet läßt, besteht die einzig funktionierende demokratische Kontrolle von Geheimdiensten darin, diesen undurchsichtigen und übergriffigen Überwachungs- und Datenkraken das klandestine Handwerk zu legen.

Namhafte Bürgerrechtsorganisationen wie die Humanistische Union und die Internationale Liga für Menschenrechte fordern folgerichtig eine sozialverträgliche Auflösung des „Verfassungsschutzes“ als Geheimdienst – eine Forderung, der nicht etwa das Grundgesetz entgegensteht, denn danach muß der „Verfassungsschutz“ keineswegs als Geheimdienst ausgestaltet sein. Im Fall von Gewaltorientierung, konkreten Gefahren und Straftaten sind ohnehin Polizei und Justiz zuständig.

Zum Abschluß noch ein entlarvend Zitat, das zeigt, mit welcher zwielichtigen Verheißungen das Bundesamt für Verfassungsschutz auf Personalfang geht, um die Nachrüstungsreform zu bewältigen: Beim „Verfassungsschutz“ kann man all das machen, „was man schon immer machen wollte – aber man ist straflos“. So warb Ende vorigen Jahres der selbsternannte „Dienstleister für Demokratie“, Hans-Georg Maaßen, im MDR um neues Personal mit eher wenig Skrupeln.

Wir raten dem „Verfassungsschutz“ statt dessen dringend zum Einstieg in den unverdienten Ruhestand – im Interesse von Bürgerrechten, Demokratie und Verfassung. Einstweilen herzlichen Glückwunsch zum Big Brother Award 2016!

RA Dr. Rolf Gössner



Beiträge zur Geschichte des Rundfunks

Signale aus dem Todeslager

Einer ADN-Meldung vom 16. April 1971 war zu entnehmen, daß Prof. Dr. Walter Bartel, Robert Siewert, Herbert Thiele und Reinhold Lochmann anlässlich des 85. Geburtstages von Ernst Thälmann dem Museum für Deutsche Geschichte die originalgetreue Rekonstruktion eines von den Buchenwald-Häftlingen benutzten Kurzwellenempfängers übergeben haben. Dieses Gerät erinnert an ein ungewöhnliches Kapitel Rundfunkgeschichte. Reinhold Lochmann, nach Verbüßung einer mehr als dreijährigen Zuchthausstrafe am 28. Juli 1938 aus dem Moorlager Achendorf-Emsland in das KZ Buchenwald übergeführt und dort als Häftling Nr. 2455 fast sieben Jahre gefangengehalten, führt es uns authentisch vor Augen:

Gerade im Lager Buchenwald zeigte es sich, wie sehr Möglichkeiten und Bedingungen einer illegalen funktchnischen Tätigkeit vom wachsenden Einfluß eines organisierten Widerstandes abhängen, wie sehr aber auch das systematische Abhören antifaschistischer Sender Bestandteil eines sich immer besser entwickelnden Widerstandskampfes unter Führung der KPD wurde. Eine solche Organisiertheit und Einflußnahme dort zu erreichen, wo mit ausgeklügeltem Sadismus SS-Schergen immer neue Mittel und Methoden ersannen, um den Häftlingen das Leben zur Hölle zu machen, war ein sehr konfliktreicher Prozeß. Schon kurze Zeit nach meiner Einlieferung in das KZ Buchenwald wurde ich unter dem Vorwand, die Vollständigkeit meiner persönlichen Gegenstände zu überprüfen, zur Effektenkammer bestellt, um dort von den Genossen der illegalen Organisation „auf Herz und Nieren“ geprüft zu werden. Die verantwortlichen Mitglieder der Parteileitung, unter anderen Albert Kunz, Dr. Theo Neubauer, Walter Jurich (mit dem ich mich im Block 3 bzw. 40 der rückfälligen politischen Häftlinge befand), erreichten wenig später über mannigfache Kanäle meinen Einsatz in der Radio-Werkstatt.

Da es nicht immer möglich war, ständig SS-Posten direkt am Arbeitsplatz aufzustellen, ermittelten der langjährige Vorarbeiter dieser Werkstatt, Genosse Armin Walther, ein ehemaliger Sozialdemokrat und Funktionär des Arbeiter-Radio-Bundes aus Riesa, und ich bald die Wellenlänge von Radio Moskau und London sowie die Sendezeiten einiger deutschsprachiger Programme. Dabei konnten wir auch feststellen, daß es im KZ-Gelände sehr günstige Empfangsbedingungen für die kurze Welle gab: Ein Stück Draht von 1 bis 2 m genügte als Antenne. Das brutale Vorgehen der SS und der Einsatz von Sonderabteilungen des „Reichssicherheitshauptamtes“ 1944 im KZ Sachsenhausen, in dem ein heimlich gebautes Rundfunkgerät entdeckt worden war, läßt ahnen, wie die Nazis auch gegen uns mit den brutalsten Mitteln ihrer KZ-Praxis vorgegangen wären. Dennoch: Die zielstrebige

Organisierung des antifaschistischen Widerstandskampfes bedingte die ständige Orientierung, die reale Einschätzung der Lage sowie die systematische Zerschlagung des faschistischen Lügengewebes – gerade unter den Bedingungen des KZs, der täglichen Bedrohung und des Terrors.

Unmittelbar nach dem faschistischen Oberfall auf Polen beschlagnahmte die Gestapo Tausende von Radios bei Antifaschisten, Juden und



Zwei der mutigen Widerstandskämpfer aus dem Elektriker-Kommando des KZs Buchenwald: Herbert Thiele, Generaldirektor (l.), und Reinhold Lochmann, Oberst der VP (r.)

anderen für sie nicht zuverlässigen Personen und brachte einige hundert davon im Oktober 1939 zur persönlichen Verwendung der SS nach Buchenwald. Da die Gestapo und ihre Helfershelfer bei der Beschlagnahme mit diesen Geräten nicht glimpflich umgingen, war der größte Teil defekt. Damit begann in der Radio-Werkstatt des Elektriker-Kommandos – obwohl seit 1. September 1939 durch Ansprache des SS-Sturmführers Krone strikt verboten – die pausenlose Instandsetzung von Rundfunkgeräten. Pausenlos deshalb, weil innerhalb der SS der Kampf um den besten Rundfunkempfänger, die größten Superhets (Überlagerungsempfänger) einsetzte. Jetzt entwickelten wir eine umfangreiche Palette geschickter Verzögerungen. In nicht wenigen Fällen wurden defekte Einzelteile einschließlich Röhren vorgetauscht, um die Geräte länger behalten zu können. Auch mußte manches noch brauchbare Gerät „sterben“, damit das illegale Ersatzteillager ergänzt werden konnte.

Ebenso nutzten wir die zur systematischen Reparatur einer größeren Anzahl von Rundfunkgeräten sehr unterschiedlicher Qualität und Bauart notwendige Vervollkommnung der Meßinstrumente im Interesse der zukünftigen Belange unserer illegalen Organisation weitestgehend aus: Da die offizielle Bestellung eines Prüfgenerators bei der SS zu Bedenken führen konnte, schlugen wir beispielsweise dem Werkstattleiter vor, diesen selbst anzufertigen. Dieses scheinbar rein technische Prüfgerät in tarnender Alu-Blechverkleidung diente uns als Meßsender, Empfänger für drei Wellenbereiche, Niederfrequenzverstärker

sowie zur Gleich- und Wechselstromversorgung. Ein erster Versuch zur Prüfung der Reichweite und Stärke des Senders im KW-Bereich erfolgte 1940 zwischen der Elektriker-Baracke und einer 3 km entfernten SS-Kaserne. Die HF-Energie wurde unmoduliert über unsere Empfangsantenne ausgestrahlt und in der Kaserne bei einer Kontrolle der Verstärkeranlage auf dem vereinbarten KW-Bereich getestet. Dieser Versuch und andere erfolgreiche Tests zeigten, daß der Sender im Falle seines Einsatzes für die illegale Organisation eine größere Reichweite sicherte. Die Grundlage für ein straff organisiertes System täglichen Abhörens antifaschistischer Sender war geschaffen. In meinem täglichen Arbeitspensum mußte diese Abhörzeit – anfangs bis 1 ½ Stunden – berücksichtigt und durch akustische Signale oder Sicherungsposten abgesichert werden, ohne dadurch andere Häftlinge zusätzlich zu belasten oder den Arbeitsprozeß zu beeinträchtigen. In dieser Zeit war das Informationssystem so aufgebaut, daß die Leitung der illegalen KPD im Lager – ausgenommen bei besonderen Ereignissen – wöchentlich drei- bis viermal von mir informiert wurde. Nach dem offiziellen Abendappell traf ich mich mit dem Genossen Walter Bartel oder mit

dem Genossen Harry Kuhn, beide Mitglieder der Leitung des Buchenwaldkomitees, um die neuesten Meldungen stichwortartig mit Kommentar zu übermitteln. Das geschah zumeist bei einem kurzen Abendspaziergang an dafür geeigneten Stellen im Lagerbereich, bei ständigem Wechsel der Zeit und des Ortes. Die Meldungen und Informationen wurden nach ihrer Verarbeitung in der Leitung in geeigneter Form bis zum letzten der in Dreier- oder Fünfergruppen erfaßten Genossen der nach dem Territorialprinzip aufgebauten illegalen Organisation weitergegeben. Damit war eine relativ umfassende Information – und wenn notwendig, zusätzliche Argumentation – gewährleistet, nach der wir alle besonders in den Tagen und Wochen der schicksalhaften Kämpfe vor Moskau und Stalingrad dursteten. Es war ein großes Erlebnis für mich, als ich im September 1941 erstmalig die Stimme des Deutschen Volkssenders vernahm, mit dem uns das ZK der KPD nun die Informationen und Einschätzungen übermitteln konnte, die wir für die Organisierung des illegalen antifaschistischen Kampfes auch im KZ so dringend brauchten.

Wir ermöglichten auch die unmittelbare Teilnahme von Komsomolzen beim Abhören von Sendungen in russischer Sprache, so zum Beispiel des im Elektriker-Kommando arbeitenden Genossen Alex Lysenko. Damals war mir noch nicht bekannt, daß die sowjetischen Genossen Lysenko, Drapkin und Schelnsjak 1943 selbst einen KW-Empfänger bauten und sehr gut verstanden, diesen zu tarnen. Mit der Gründung des Nationalkomitees „Freies

Deutschland“ am 12./13. Juli 1943 begann auch für uns ein neuer Abschnitt des antifaschistischen Widerstandskampfes. Ein solch programmatisches Dokument wie das Manifest des NKFD, das über den mehrmals täglich zu hörenden Sender „Freies Deutschland“ ausgestrahlt wurde, half uns manche noch vorhandene sektiererische Ansicht zu überwinden und das richtige Verständnis für die Politik unserer Partei im Rahmen der sich jetzt breiter entwickelnden Volksfront herzustellen. Im Lager selbst waren mit der Bildung des Internationalen Lager-Komitees und der organisatorischen Verbreiterung der illegalen Gruppen Bedingungen herangereift, die besonders von den deutschen Kommunisten eine größere Verantwortung und einen stärkeren Einfluß forderten. Die Zahl der Häftlinge aus fast allen Nationen hatte sich 1944 auf über 60 000 erhöht.

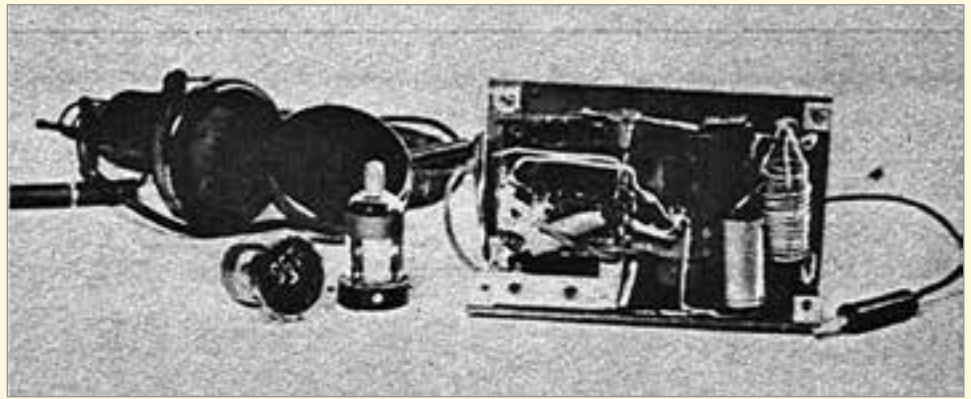
Um auch nachts ausländische Sender abhören zu können, entstand der Plan, einen kleinen Kurzwellenempfänger mit eigener Stromversorgung für die Ladestation der Lagerelektriker zu bauen, wo ausschließlich Genossen arbeiteten. Dieser KW-Empfänger entstand im letzten Drittel des Jahres 1943 nach einer Bauzeit von vier bis sechs Wochen.

Bau und Tarnung konzentrierten sich auf zwei etwa gleichgroße Teile, einen zweistufigen Empfangs- und einen separaten Netzteil zur Versorgung mit Anodenspannung. Sie wurden einschließlich Kopfhörer getrennt in speziell dafür präparierten Akkumulatoren aufbewahrt, nachdem die Hälfte der Bleiplatten abgesägt bzw. ganz entfernt und der obere Abschlußteil des Akkus einschließlich der Vergußmasse wieder eingesetzt worden war. Selbstverständlich durften diese Akkus nicht in unmittelbarer Nähe derer stehen, die täglich benötigt wurden.

Um nachts in der Werkstatt bleiben bzw. einen ständigen Wachdienst einrichten zu können, wurde ein „Einbruchdiebstahl“ inszeniert. So konnte eine „sanktionierte“ Abhörstelle geschaffen werden, begünstigt durch die Ausnutzung des Akkumulator-Laderaumes, um den die SS wegen der Säure und Abgase einen Bogen machte. Der Leipziger Jungkommunist Herbert Thiele übernahm diesen Abhördienst und informierte zusätzlich die Leitung des Internationalen Lagerkomitees.

Im zweiten Halbjahr 1944 nahm auch meine Abhörtätigkeit am Tage zu, damit uns keine bedeutsame Sendung entging. Erforderliche stichpunktartige Notizen auf einem kleinen Zettel wurden in einer aufgetrennten Naht der Häftlingsjacke versteckt und nach Auswertung sofort vernichtet. Unterbrechungen und komplizierte Situationen entstanden oft infolge unkontrollierbaren Abhörens durch Häftlinge, die in den verschiedensten Arbeitskommandos in der SS-Kantine, Trafo-Station, Reinigung usw. zeitweise an Rundfunkgeräte herankamen.

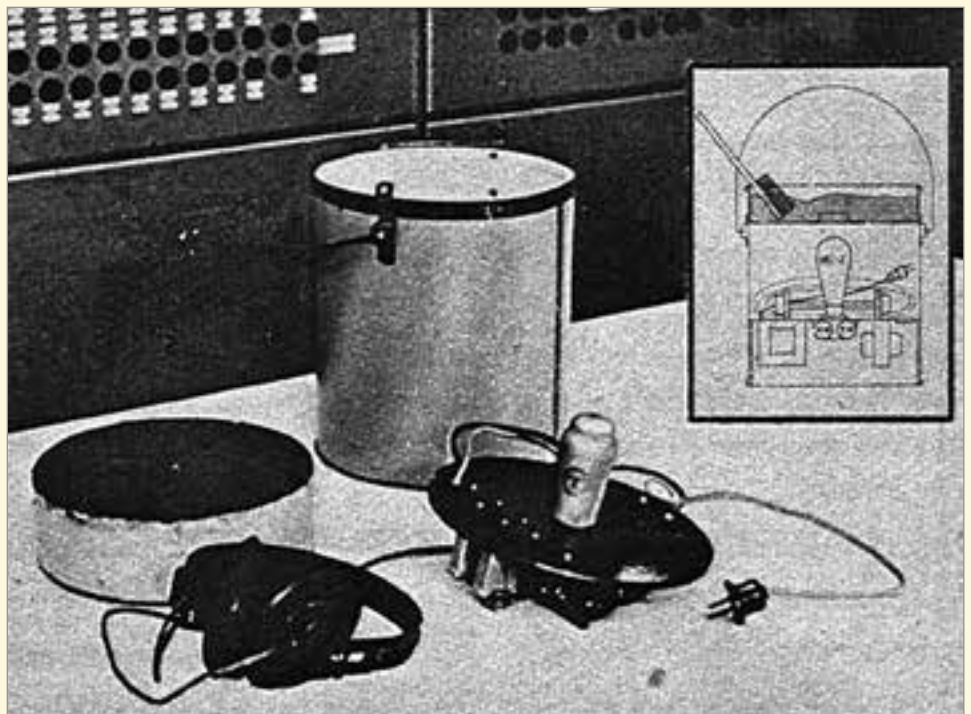
Eine Episode Anfang Oktober 1944 hätte uns beinahe das Leben gekostet: Nach dem Abendappell hatten Genosse Walter Bartel, Rudi Wunderlich und ich uns in die Radio-Werkstatt begeben, um eine angekündigte Ansprache Wilhelm Piecks abzuhören. Kaum hatten wir die Stimme Wilhelm Piecks vernommen, ertönte vom Arbeitszimmer des Kapos ein



Dieser Kurzwellenempfänger (2 Röhren RV12P2000) war mit Kopfhörern in präparierten Akkus versteckt.

warnendes Klingelsignal des uns sichernden Genossen Rudi Henning. Da stand auch schon der SS-Kommandoführer der Elektriker in der Tür und drohte, uns auf der Stelle niederzuschießen, wenn wir etwa ausländische Sender abhören sollten. In dieser Situation tauschten

des Losschlagens von der politischen und militärischen Lageentwicklung abhängig. Als in der Nacht zum 8. April 1945 der Londoner Sender den Vormarsch der 3. US-Armee bis in den Raum von Gotha meldete, ging nach den Berichten anderer Kampfgefährten ein mehr-



Von sowjetischen Genossen 1943 im KZ Buchenwald gebauter KW-Empfänger, versteckt in einem Marmeladeneimer mit Schuhfetteinsatz

wir ein Essen zusätzlich beschaffter Lebensmittel vor, die tatsächlich jetzt auf der Werkbank lagen.

Am nächsten Morgen inspizierte der Gestapo-Verantwortliche Serno die Werkstatt. Wir rechneten mit dem Schlimmsten, nämlich sofort in den Bunker zu kommen und dann einem qualvollen Tod entgegenzusehen. Daß das nicht geschah, hing mit vielen Faktoren zusammen, sicherlich auch damit, daß es ein Verbot des „Reichssicherheitshauptamtes“ gab, innerhalb des Lagers Rundfunkgeräte zu reparieren.

Eine besondere Bedeutung erlangte unser Informationsdienst im entscheidenden Zeitraum unmittelbar vor der Selbstbefreiung des Lagers. Im Bewußtsein der großen Verantwortung für das Leben Tausender Häftlinge machte das Lagerkomitee den Termin

maliger Hilferuf in Englisch, Russisch und Deutsch in den Äther: „Hier KL Buchenwald! SOS! Wir bitten um Hilfe ...“ Ausgestrahlt von einem in einem Wandzwischenraum verborgenen netzunabhängigen Notrufsender. Wir erlebten verstärkte Tieffliegerangriffe auf die Wachtürme. Doch die Truppen blieben in Gotha stehen. In diesen kritischen Stunden verfolgte unser Abhördienst pausenlos das Frontgeschehen.

In der Nacht zum 11. April kam die Nachricht vom weiteren Vormarsch. Ein langer Sirenton um 10.30 Uhr: Endlich war der Augenblick unserer Befreiung da, den wir jahrelang ersehnt hatten, wenn wir auch nicht immer sicher waren, ob wir ihn noch persönlich erleben würden.

Reinhold Lochmann
(aus: „FF dabei“, Nr. 21/1973)